



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 14.11.2017

Kerosinablass über der Westpfalz: Bundesumweltamt hält neues Gutachten für erforderlich

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner wendet sich im Fall des wiederholten Kerosinablassens über der Westpfalz direkt an das Bundesumweltamt. In ihrem Antwortschreiben bestätigt die Behörde die Notwendigkeit eines neuen Gutachtens und erläutert der Abgeordneten den Stand des Verfahrens.

Das Bundesamt, das selbst immer wieder Anfragen betroffener Bürgerinnen und Bürger erhält, erachtet eine Aktualisierung der wissenschaftlichen Erkenntnisse durchaus für angezeigt und befürwortet ein entsprechendes Forschungsgutachten. „Ich begrüße es, dass ein neues Forschungsgutachten erstellt wird. Aus meiner Sicht spricht nichts gegen eine Untersuchung nach neuesten Methoden und Standards. Entweder es werden die bisherigen Forschungsergebnisse bestätigt und das beruhigt alle, die besorgt sind, oder es unterstützt Entscheidungsträger in Wissenschaft, Politik und der Luftfahrt die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und falls erforderlich nötige Maßnahmen einzuleiten“, so die Abgeordnete.

Auf Nachfrage von Frau Glöckner beim Bundesumweltamt ist mit ersten konkreten Ergebnissen frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2018 zu rechnen. Dies liegt daran, dass gegenwärtig die Leistungsbeschreibung fertiggestellt ist und nun im nächsten Schritt das Bundesamt die Mittelfreigabe beim Bundesumweltministerium beantragt. Erst nach der Mittelfreigabe - voraussichtlich Anfang des nächsten Jahres - kann das Forschungs- und Entwicklungsgutachten ausgeschrieben werden. Mit dem Beginn der inhaltlichen Arbeiten ist daher, nach Abschluss aller Formalitäten, erst im Jahr 2018 zu rechnen.

Nach Auskunft des Bundesumweltamtes wird das neue Gutachten aus drei Teilen bestehen. Im ersten Schritt werden der bisherige Sachstand und wissenschaftliche Analysen aufgearbeitet, um herauszufinden, wo wir eigentlich stehen. Im zweiten Teil soll die Wirkung des abgelassenen Kerosins auf die Oberfläche erfasst oder berechnet werden. Im dritten Teil werden schließlich die rechtlichen Rahmenbedingungen betrachtet und eventuelle Handlungsbedarfe aufgezeigt.

„Ich bin froh, dass auch die rheinland-pfälzische Landesregierung sich sehr stark für weitere Aufklärung einsetzt. So kommt von unterschiedlichen politischen Ebenen Bewegung in das Thema. Dieses Handeln zeigt auch, dass es verantwortungsvolle Politiker und Politikerinnen gibt, die die Bedenken der Bevölkerung ernst nehmen und sie aufgreifen, um Lösungen zu finden“, stellt Angelika Glöckner abschließend fest.